

Wir für unsere Heimat

AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt · Schönebecker Str. 11-13 · 39104 Magdeburg

ARGE FNB OST

Arbeitsgemeinschaft Flächennetzbetreiber Ost

Herrn Christian Ehret

per E-Mail: christian.ehret@avacon.de

Magdeburg, den 17. März 2021

**Ihre Anfrage vom 29. Januar 2021:
„Wahlprüfsteine der ARGE FNB OST“**

Sehr geehrter Herr Ehret,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage vom 29. Januar 2021, welche wir aufgrund eines Missverständnisses in der Bearbeitung leider erst heute vollständig beantworten. Für Ihre Geduld danken wir daher sehr.

Ferner teilen wir Ihnen gern mit, dass Herr Andreas Gehlmann, MdL (Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt für Energiepolitik) an Ihrer Parlamentarischen Fragerunde am 15. April 2021 teilnehmen wird.

Im Falle von Rückfragen stehen wir Ihnen gern und jederzeit zur Verfügung.

Für den AfD-Landesverband,
mit freundlichen Grüßen

Martin Reichardt, MdB
Landesvorsitzender

Oliver Kirchner, MdL
Fraktionsvorsitzender
und Spitzenkandidat

Dr. Hans-Thomas Tillschneider, MdL
Programmkoordinator
AfD Sachsen-Anhalt



Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie uns: Alternative für Deutschland

Landesverband Sachsen-Anhalt | Schönebecker Str. 11-13 | 39104 Magdeburg
✉ info@afd-lsa.de 🌐 www.afd-lsa.de ☎ 0391 - 40 59 69 72 📺 Sachsen-Anhalt.AfD

Sie haben kein Vertrauen mehr in die Politik der Alt-Parteien?
Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Spendenkonto:
Sparkasse Magdeburg | IBAN: DE43 8105 3272 0641 0404 40 | BIC: NOLADE 21 MDG

1. Die politischen Ziele, die hier realisiert werden sollen, sind Beschlüsse, die nicht von der AfD initiiert wurden und auch nicht von der AfD mitgetragen werden. Die Folgen dieser Beschlüsse tragen allerdings - über die Strompreisexplosion und die EEG-Umlage - alle Bürger des Landes. Die EEG-Umlage ist mit weitem Abstand die größte staatlich verursachte Belastung des Strompreises. Grundsätzlich hat sich der Strompreis im Zeitraum von 2000 bis 2020 verdoppelt. Ein „weiter so wie bisher“ kann es nicht geben. Nach 20 Jahren intensivstem Ausbau von EEG - vor allem Windenergie - muss man erwarten können, dass EEG-Anlagen so betrieben werden, dass sie auf dem freien Stromerzeugungsmarkt ohne staatliche/private Förderung und wettbewerbsfähig, Strom erzeugen können.

- 1 a. Die AfD fordert daher ab dem 01.01.2022, die Förderung der erneuerbaren Energien im Stromsektor nicht mehr durch die von den Übertragungsnetzbetreibern erhobene EEG-Umlage zu finanzieren, die von den Letztverbrauchern zu entrichten ist.

Solange die EEG-Umlage gilt:

1. Eine bundeseinheitliche Geltung der Netzendgelte umgehend umzusetzen.
2. Die Privilegierungen - in Form von Befreiungen und Ermäßigungen von der EEG-Umlage - für einzelne Letztverbraucher sofort aufzuheben.
3. Der reguläre Stromsteuersatz (Satz 2,05 ct/kWh) umgehend auf den Europäischen Mindeststeuersatz (0,05 ct/kWh) abgesenkt wird.

Um die Versorgungssicherheit und eine kontinuierliches Grundlastangebot zu gewährleisten sind konventionelle Kraftwerke – auf Erdgasbasis – erforderlich. Nur ein gesunder Energiemix kann die Versorgungssicherheit- auch bei „Dunkelheit“ und Windstille – gewährleisten. Die effektive und verlustarme Speicherung von Strom in großen Mengen besteht bisher nur in Form von Pilotprojekten oder -anlagen, deren Aufbau und Betrieb nach wie vor zu kostenintensiv sind und daher im großen Maßstab unwirtschaftlich.

Dass dieses Problem vor dem massiven Ausbau der EEG-Anlagen zu lösen gewesen wäre, ist das Ergebnis von politischen Fehlentscheidungen (s. o.), die nun schnellstmöglich durch entsprechende Aktivitäten in Form von Forschung und Entwicklung zu korrigieren sind!

- 1 b. Politische Fehlentscheidungen (s. o.) und Wunschdenken haben ursächlich dazu beigetragen, dass die Länder mit massivem Ausbau der EEG - wie Sachsen-Anhalt - Strom erzeugen, denn sie nicht benötigen, (noch?) nicht speichern können und per Netzausbau in die Schwerindustriezentren außerhalb des Landes leiten müssen. Diese Fehlentwicklung ist in Sachsen-Anhalt umgehend zu stoppen. Industriebetriebe und Stromspeicher sind im Land aufzubauen und an „den erzeugten Strom zu bringen“. Für diese Aufgabe stehen dem Land Sachsen-Anhalt umfangreiche Bundesmittel zum Strukturwandel bis 2038 zur Verfügung. Das Hauptziel ist die Schaffung wettbewerbsfähiger Industriearbeitsplätze. Dies ist nun auch effektiv und nachhaltig umzusetzen. Ein weiterer Netzausbau zum Abfluss des erzeugten Stromes in andere Länder, den bisher vor allem einseitig die ostdeutsche Bevölkerung finanziert hat, ohne in die Wertschöpfung eingebunden zu sein, mit seinen ökologischen Folgen und Beeinträchtigungen, hat in Sachsen-Anhalt keine Lobby in der Bevölkerung und ist abzulehnen und zudem nicht notwendig.
- 1 c. Die Grundvoraussetzung für die Akzeptanz der Energiewende sind Ehrlichkeit und Transparenz gegenüber den Bürgern und natürlich eine echte Mitbestimmung der Bürger in ihren Ortsgemeinden. Wie die Anfragen der AfD zu allen 14 Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts nach 20 Jahren Energiewende nun beweisen, sind die Betreiber der 3.000 Windenergieanlagen des Landes zu 95 % nicht in Sachsen-Anhalt ansässig. Der erzeugte Strom fließt nach Südwestdeutschland ab, und eine Wertschöpfung für die Ortsgemeinden besteht nicht. Die Auslobung der Windvorranggebiete findet in den regionalen

Planungs- und Entwicklungsgesellschaften statt, in denen die Sitze an Landräte, Bürgermeister der Verbandsgemeinden und andere Funktionsträger per Gesetz vergeben werden. Nur in einer REP gibt es überhaupt ein öffentliches Fragerecht. Die AfD tritt für eine umgehende Korrektur von diesem massiven Ausschluss der Bürger von ihrem demokratischen Mitbestimmungsrecht ein!

- 1 d. siehe Ausführungen zu 1 a. und 1 b.
2. Grundsätzlich soll die Bundesnetzagentur unabhängig und ohne Beeinflussung durch politische Parteien ihre Entscheidungen treffen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und dabei Monopolbildungen im Stromnetz verhindern. Wie ausgeführt, ist die Energiewende eine sprunghafte politische Entscheidung, die in eine Fehlentwicklung führte, deren Auswirkungen weiterhin die Stromversorgung bestimmen werden. Ausgleichszahlungen an Anlagenbetreiber für Produktionsausfälle sind ein Teil der Kostenursachen. Die Bundesnetzagentur läuft über ein Jahrzehnt den Problemen hinterher und hat nun die Digitalisierung der Anlagensteuerung entdeckt. Das Redispatch 2.0-Modell soll hier Abhilfe schaffen, eine Patentlösung ist nicht zu erwarten. Dies bestätigen Auswertungen der Bundesnetzagentur, die bis 2038 auch noch höhere Redispatch-Kosten ergeben könnten. Aktuelle Erhebungen werden aufgrund des coronabedingten veränderten Stromverbrauchverhaltens keine Daten für Entwicklungsprognosen liefern. Freiwillige Investitionen in Stromnetze und lokale Versorgungslösungen stellen Ideen dar, die partiell Abhilfe schaffen können. Auch diese könnten in Sachsen-Anhalt über die Digitalisierungsunterstützung innerhalb des Strukturwandels unterstützt werden.
- 3 a./b. Eine Wasserstoffproduktion existiert in Sachsen-Anhalt bisher nur am Standort Leuna und dort ist sie rentabel und erforderlich, aufgrund ihrer Nähe zum Hauptabnehmer, der Chemie-Industrie. Vergleichbare Produktionsanlagen (Elektrolysatoren) in den Nordwest-Bundesländern und den Niederlanden sind vor allem deshalb effektiv, weil sie an die kontinuierlich zur Verfügung stehende Offshore-Energie und Wasser direkt gekoppelt sind. Die Erfahrungswerte dieser Anlagen widersprechen der Wirtschaftlichkeit einer Wasserstoffwirtschaft, auch aufgrund der Energieverluste, die durch Umwandlung des Wasserstoffes für Transport und Speicherung erforderlich sind, wie sie in Sachsen-Anhalt als „rettendes“ Speichermedium erträumt wird. Der Einsatz von Trinkwasser zur Wasserstoffproduktion – wie in Sachsen-Anhalt geplant – entspricht nicht den aktuellen Umweltbedingungen und ist daher abzulehnen. Der Wasserstofftransport erfolgt bisher auf Basis des vorhandenen Leitungsnetzes im Chemiepark. Im großen Maßstab wären also auch Leitungsnetzausbaumaßnahmen erforderlich. Eine Festschreibung von Wasserstoffmindestanteilen beinhaltet eine – wie dargestellt, unökonomische Wasserstoffproduktion - und findet nicht die Zustimmung der AfD.
- 3 c. Die Elektromobilität hat dort, wo entsprechende Stromkapazitäten anfallen, ihre Anwendungsmöglichkeiten. Eine allumfassende Elektromobilität - wie sie erträumt wird - stellt nach Auffassung der AfD einen weiteren Irrweg dar. Wie aktuelle Erhebungen der Versorger gezeigt haben, werden die vorhandenen Elektroautos vor allem an privaten Ladestationen aufgeladen. Die wenigen öffentlichen Ladestationen werden z.T. so selten besucht, dass sich ihr Betrieb nicht rentiert. Der Eine-Million-Ladesäulen-Traum der Bundesregierung ist deutlich nach unten zu korrigieren und der Realität entsprechend anzupassen.
- 3 d. Die Probleme, die durch den hastigen Ausbau der Neuen Energien, für das Stromnetz entstanden sind, verlangen eine reaktionsfähige und fehlerfrei funktionierende Netzsteuerung. Diesen Herausforderungen kann sich - unbestritten – nur ein Stromnetz stellen, das digital kontrolliert und gesteuert wird. Die VNB sollte daher frühzeitig entsprechende Ausbauprojekte zur Digitalisierung im Rahmen der Strukturwandelförderung einreichen.

